

Freiberger LinksWorte

06. Dezember 2006

Nr. 234

17. Jahrgang

Das Fest der Feste vor uns und das Jahr 2007 an der Schwelle



Das Foto stammt aus wärmerer Jahreszeit, Anfang September des Jahres, am Freiburger Rathaus. Aber winterliche Kälte, weihnachtliches Flair, lassen auf sich warten. Die zunehmende soziale Kälte in unserer Gesellschaft jedoch nicht. Dennoch allen unserern Lesern ein besinnliches Weihnachtsfest, ein erfolgreiches und gesundes neues Jahr 2007 und uns allen eine starke Linke in Deutschland. Alle haben sie erkannt, unsere Ruth Fritzsche, den guten Geist in unserm Kreisverband. Hier noch im jugendlichen Alter von 79 an „ihrem“ Info-Stand. Inzwischen, genau am 01. Dezember, hat sie die 80 erreicht. Auf die nächsten 20, liebe Ruth. Dann sehen wir weiter!

Die Titelthemen dieser Ausgabe

Anregungen zur aktuellen „Eckpunkte“-Diskussion in der Linken.PDS von Reinhard Kluge, Rechenberg

Landtagsabgeordnete Elke Altmann trifft sich mit Kommunalabgeordneten aus dem Landkreis Freiberg

Der Wahlkampf in Brand-Erbisdorf um das Amt des Oberbürgermeisters; Linke.PDS und WASG dabei!

inhalt

- 2 editorial & aufgespießtes
- 3 standpunkt & leserpost
- 4 „eckpunkt“-diskussion; anregungen von Reinhard Kluge
- 5 beratung von Elke Altmann mit kommunalpolitikern
- 6 wahlkampf in Brand-Erbisdorf Mathias Schreiter tritt für die linke an
- 7 gemeindetour von Elke Altmann, MdL in Brand-Erbisdorf jubiläen
- 8 termine & vermisches

Die nächste Ausgabe der Freiburger LinksWorte erscheint in der 02. Kalenderwoche 2007
Redaktionsschluss ist Freitag, 05. Januar 2007

Unsere Leser werden gebeten, für die Herausgabe und Verbreitung der Freiburger LinksWorte zu spenden.

Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „LinksWorte“ an folgende Bankverbindung möglich:

Deutsche Bank Freiberg
BLZ: 870 700 24
Konto-Nr.: 227 268 000

Zuschriften, Kritiken und Hinweise an die Redaktion sind ausdrücklich erwünscht.

Impressum

Herausgeber: Die Linkspartei.PDS Kreisvorstand Freiberg, 09599 Freiberg, Bebelplatz 3
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56 Fax: 0 37 31 - 20 21 40

Redaktion: Ruth Fritzsche, Harry Nestler, Richard Thum, Hans Weiske (verantw.)

Satz und Layout: ABiTe Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske, Birkenstrasse 23b 09569 Falkenau

Verlag und Vertrieb; Eigenverlag und-vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co.KG, Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz

Die Zeitung ist im Internet unter www.linksWorte.de veröffentlicht
Webmaster: Richard Thum

editorial

(red) Liebe Leserinnen und Leser der Freiburger LinksWorte!

Die Mühen der Ebene haben uns wieder. Die zweite neue Ausgabe geht man als Redaktion mit mehr innerer Ruhe an als die erste. Die Resonanz von euch auf unsere alten, neuen LinksWorte war insgesamt sehr positiv und hat uns Mut gemacht.

Gefreut haben wir uns auch, dass der „FreibÄrger“, nach seinen eigenen Worten Freibergs alternativer Zeitung, es sich nicht hat nehmen lassen, unserem ersten neuen Blatt einen ganzen Artikel zu widmen. Über den Inhalt dieses Artikels lässt sich allerdings trefflich streiten. Dazu mehr in untenstehender Glosse.

Wir sehen aber auch noch vieles selbstkritisch. Wir müssen exakter, vielseitiger und polemischer werden. Weiterhin erwarten wir euer aktives Mitwirken an eurer Zeitung. Aber wir sehen uns auch auf dem richtigen Weg.

Mit dieser Ausgabe melden wir uns letztmals im Jahre 2006 zu Wort. Was war es für ein Jahr? Sächsische Berufswahlkämpfer würden sagen: „ein verlorenes Jahr, nichts los in der Wahlkampfszene!“ Sächsische Parteienforscher dürften den Stillstand beklagen, den Große Koalitionen dem Bund und dem Freistaat bescheren (in Sachsen ist dieser Stillstand ja nicht einmal einer „großen Koalition“ zuzuschreiben, da die Linken als stärkste Oppositionskraft weit vor der SPD liegen).

Aber das alles sollte für einen Linken nicht das Entscheidende am Jahre 2006 gewesen sein. Für uns muss es der „Parteieneubildungsprozeß“ sein, besser gesagt, was inhaltlich hinter diesem Wortungetüm steht. Personelle Stärke der Linken.PDS im Osten hin und Schwächen der WASG her, es soll und muss eine **neue linke gesamtdeutsche Partei entstehen**. Das ist unsere Verpflichtung, unsere historische Chance, aber auch unser Problem: „neu“ darf nicht nur dem Wort nach, sondern muss auch der Tat nach neu sein.

Gegenwärtig beherrschen Juristen das Metier: Seit dem Sonderparteitag der Linken.PDS vor wenigen Tagen sind wir ein eingetragener Verein. Paul von der Strasse würde sagen: „Wenn's hilft!“ Es muss helfen. Wir müssen und werden die richtigen Schritte gehen, um die linken Kräfte in diesem Land zu bündeln und den Herrschenden mit echten Alternativen entgegenzutreten.

Das bevorstehende Jahr 2007. Keine großen Wahlkämpfe, still ruht der See? Nein,

keineswegs. Für uns das alles entscheidende Jahr. An seinem Ende muss und wird eine neue, geeinte Linke stehen.

Und doch begeben auch wir uns 2007 in den Wahlkampf, besser gesagt, er hat schon längst begonnen. In Brand-Erbisdorf wird Anfang Februar ein neuer Bürgermeister gewählt. Viel Erfolg unserem Kandidaten Mathias Schreiter von der WASG!!! Wir beschäftigen uns in einem unserer Titelthemen damit. In unserer Januarausgabe kommen wir auf den Wahlkampf von Mathias zurück.

Die Redaktion

glossiert

(hw) Ein erster Erfolg für die neuen „LinksWorte“! Auf seinen Seiten 3 und 4 widmet uns der „FreibÄrger“, in seiner Ausgabe Dezember/Januar einen überraschend umfassenden Artikel unter der bedeutungsschwangeren Überschrift „LinksWorte im Fluss - aber wohin?“

Wir haben mit großem Interesse verfolgt, wofür uns der „FreibÄrger“ fließen lässt, manches an der uns verordneten Fließrichtung aber nicht genau verstanden. Wo doch alles so einfach ist, man muss nur wissen, in welchem Fluss man sich befindet.

Eine unumstößliche Erkenntnis unsererseits gibt es dennoch: Dem Hinweis der Redaktion des „FreibÄrgers“, dass er bereits in 53. Ausgabe gedruckt als alternative Stadtzeitung von Freiberg erschienen ist, haben wir bisher nichts vergleichbar Gedrucktes entgegengesetzt. Damit gebührt ihm auch der Rang der „ersten richtig gedruckten Zeitung der politischen Linken in Freiberg seit der politischen Wende 1989“.

So weit, so gut. Aber zu FreibÄrgers „genauen Blick auf die LinksWorte von Redaktion zu Redaktion“ gestatten wir uns doch noch eine Anmerkung.

Der „FreibÄrger“ als unabhängiges Blatt fordert uns auf, sich endlich seiner „**konstruktiven Kritik**“ zu stellen. Nichts lieber als das!

Und dann käme der nächste gemeinsame Schritt. Zusammen linke Positionen vertreten, vielleicht auch im inhaltlichen Streit.

Das alles ist viel wichtiger wie die sinnlose Diskussion über die Verwendung eines Zitats von August Bebel, die exakte Schreibweise von Bertolt (Bert) Brecht oder die Fortsetzung eines Artikels von Seite 3 auf Seite 8 unter schändlicher Mißachtung der Regeln des Zeitungsschreibens. Wir werden versuchen, uns am „absolut professionellem Layout“ vom „FreibÄrger“ ein Beispiel zu nehmen. Versprochen!

in eigener sache



Auf der Titelseite taucht Sie auf. Hier wieder. Fast wie im Zentralorgan bei Besuchen des Generalsekretärs auf der Leipziger Frühjahrsmesse. Aber auch uns als Redaktion ist es ein Bedürfnis, unserer Genossin Ruth Fritzsche aus Anlass ihres 80. Geburtstag zu danken. Zu danken besonders, dass es die Freiburger LinksWorte überhaupt noch gibt. Monat für Monat hat sich Ruth hingestellt, geschrieben, geschnitten und geklebt. Nicht immer modernste Verfahren, aber Freiberg hatte seine LinksWorte. Danke, Ruth, auch von uns.

standpunkt

Von Harry Nestler, Flöha

Eine Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, kurz WASG, sollte es vor zwei Jahren mit einer „Sammelbewegung“ und Opposition gegen Hartz IV und andere Ungerechtigkeiten in diesem Land werden. Gewerkschafter, enttäuschte und verstoßene SPD-Mitglieder und Funktionäre hatten zu einem neuen Verein aufgerufen, der dann auch am 03. Januar 2004 gegründet wurde und im Januar 2005 gingen diese ersten Gründungsmitglieder von einigen Hundert weiter, sie gründeten eine Partei gleichen Namens. Ich fragte mich und viele aus unserer Partei damals sicher auch, was soll das werden, wir haben ja schon eine linke Partei, die PDS und noch eine neue Partei in diesem Land! So blieb es bis sie gegenwärtig, nach ganzem Hick-Hack in ihren Reihen, über etwa 12 000 Mitglieder verfügen. Das sorgte auch in der PDS für erhebliches Aufsehen und lieferte genügend Stoff für die Medien, natürlich im negativen Sinn.

Da beide Parteien in diesem von einer dominierenden Koalition von CDU und SPD keine Zukunft haben (wie das Beispiel der Wahlen im Land Berlin zeigte) wurde eine Vereinigung zwingend notwendig.

Den ersten Schritt dazu vollzog nunmehr am 18./19. November die WASG und änderte ihre Satzung aus einem nicht rechtmäßigen in einen rechtmäßigen Verein. Notwendig wurde diese Änderung der Rechtsform, damit ihr bei der bevorstehenden Fusion mit unserer Linkspartei keine finanziellen Nachteile entstehen (gegenwärtig etwa 100 000 Euro Schulden).. Diesen Weg ist auch die Linkspartei gegangen. Am 26.11.2006 entschieden sich 337 Delegierte des Sonderparteitages (die geforderte 2/3 – Mehrheit wurde weit überboten) für eine ähnlich entsprechende Änderung des Statuts. Organisatorisch und wirtschaftlich bedeutet eine Vereinigung für die WASG in jedem Fall einen Gewinn.

Das war aber nicht vordergründig der Inhalt der Beratung im Ort Gieseke, im Gästehaus der „Dicken Birke“ der angereisten 270 De-

legierten, wobei eine Zwangsvereinigung oder „unterbuttern“ zur Linkspartei schon hörbar wurde. Oscar Lafontaine, Gregor Gysi und die Vorstandsmitglieder der WASG haben dann alles wieder gerade gerückt.

Im Ergebnis stimmten die Delegierten mehrheitlich der Vereinsbildung und der bevorstehenden Vereinigung zu einer Linkspartei im kommenden Jahr zu, aber auch gegen einen Antrag, den „Demokratischen Sozialismus“ zum Parteiziel zu erklären.

So wird es noch erheblichen Diskussionsstoff und Handlungsbedarf geben, bin ich mir sicher,

um einen „Demokratischen Sozialismus“ als Parteiziel in diesem Land zu verwirklichen.

Bei dem bevorstehenden Fusionsparteitag wird es nicht nur darum gehen, ob eine Linkspartei zukünftig Mitregieren oder Opponieren will. Auf diese Auseinandersetzung darf man gespannt sein!

Sicher ist aber, nur mit einer vereinten linken Kraft lassen sich zukünftige Veränderungen für die Menschen in diesem Land BRD erreichen.

Die Gesundheits“reform“ 2006 ist kein Irrtum oder Fehlversuch

von Volker Holuscha, Flöha

Die unablässigen Versuche das bundesdeutsche Gesundheitssystem zu reformieren, die Serien von immer neuen „Jahrhundert-Reformen“ und vor allem deren Begründungen, beginnen zunehmend die Menschen anzuöden. Doch vielmehr haben diese im Kern damit zu tun, dass seit einigen Jahren, genauer seit Oktober 1994, eigentlich klar ist, wohin die Reise geht.

Der gesundheitspolitische Masterplan des Großkapitals beinhaltet die langfristige Abschaffung der seit Bismarcks Zeiten bestehenden gesetzlichen Krankenversicherung, da diese eine Art von Sozialkompromiss in Form einer Mitbeteiligung der Unternehmer an der Sicherung des Erhalts der Ware Arbeitskraft

darstellt.

Was sich zunächst wie ein erspionierter Verschwörungsplan liest, hat jedoch bei genauerem Hinsehen Methode.

Das Ende des realen Sozialismus – insbesondere in Gestalt der DDR – ist der entscheidende Ausgangspunkt für einen rigorosen Wechsel in der Gesellschafts- und Sozialpolitik dieser Bundesrepublik.

Traditionell sind sozial- und gesundheitspolitische Großentscheidungen im kapitalistischen Gesellschaftssystem immer als Teil der Strategie von „Zuckerbrot und Peitsche“ zu verstehen gewesen, angefangen mit den Bismarckschen Sozialreformen Ende des 19. Jahrhunderts.

Der große Erfolg des „Sozialstaates“ in der Bundesrepublik ist der Strategie geschuldet: Repression gegen Links (KPD-Verbot) und soziale Zugeständnisse. Original-Ton Konrad Adenauer am 9.10.1962 im Bundestag: „Es sind inzwischen Stimmen laut geworden ... es seien auf sozialem Gebiet zu große Aufwendungen gemacht worden. Nun, ich bin der Auffassung, dass bei der Lage, in der das deutsche Volk sich damals (1949 d.A.) befand, bei der drohenden Gefahr des Kommunismus, es besser war, zuviel als zuwenig zu tun.“

Auch waren sich die Riegen der bundesdeutschen Regierungstruppen vor 1990 von Adenauer bis Blüm, stets bewusst, welcher moralische und politische Druck von der DDR ausging. Norbert Blüm formulierte das am 18.8.2003 in einem ND-Interview süffisant wie folgt: „... solange der Ost-West-Gegensatz noch am Leben war, da hatte es die Sozialpolitik ein bisschen leichter, weil der Sozialstaat auch eine Legitimationsgrundlage unseres Systems war, mit dem wir unsere Überlegenheit bewiesen haben. Allerdings wird das Soziale in jüngster Zeit zusehends zum Stiefkind.“

Nach 1990, der Vertreibung des sozialpolitischen Konkurrenten, wurde die Order ausgegeben, vom „Zuckerbrot“ auf trockenem Zwieback umzustellen. Dies geschah minutiös geplant und mittlerweile in sich ständig forcierender Form.

Die Zentrale des deutschen Monopolkapitals, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) brachte im Herbst 1994 in ihrem Grundsatzdokument „Sozialstaat vor dem Umbau. Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit sichern.“ ihr Grundverständnis und die Grundrichtungen von Sozial- und Gesundheitspolitik in allen wesentlichen Bereichen zum Ausdruck. In Weiteren Beschlüssen wurde es später konkretisiert und vertieft. Sozialpolitische Errungenschaften werden nun offen als „unwirtschaftlich und kosten-treibendes Anspruchsdenken“ bezeichnet.

Mit Blick auf die Gesundheitspolitik wird seit 1994 die „zu geringe und nur partielle (teilweise d.A.) Selbstbeteiligung der Versi-

cherten an den Krankenkosten“ kritisiert. Und gleich danach ihre Hauptforderung an künftige Gesundheits“reformen“. „... den Produktionsfaktor Arbeit kostengünstiger bereitzustellen, d.h. aus gesamtwirtschaftlichen und standortpolitischen Gründen die Personalzusatzkosten der Betriebe zu senken ...“ Seit dem taucht dieses Argument in gebetsmühlenhafter Wiederholungsform in der ständigen Diskussion um Lohnkostensenkung und Streichung sozialer Leistungen auf.

Leider macht sich auch die Gewerkschaft diese Logik zusehends zu eigen, wonach der „Ausbau von Wettbewerbselementen“ und die „Vertragsfreiheit“ als eines der „wirksamsten Elemente“ und als eine „zentrale Voraussetzung für einen Kosten senkenden und Qualität sichernden Wettbewerb“ im Gesundheitswesens sei. (Gemeinsame Stellungnahme des BDA und des DGB 2003)

In dieser gemeinsamen Stellungnahme findet sich jedoch nicht ein einziges Wort zu den eigentlichen Hauptproblemen der Unterfinanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, dem durch die Dauerarbeitslosigkeit verursachten Rückgang der Beitragszahler und der Kassenbeiträge. Schon gar nichts findet sich zum Problem der Überteuerung der Medikamente und Heilmittel und die ungezügelte Profitspirale, ausgelöst durch den „pharmazeutisch-industriellen Komplex“. Kein Wort auch zu dem sich abzeichnenden Ausstieg der Unternehmer aus der paritätischen (d.h. gleichberechtigten) Finanzierung der Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung.

Die Gewerkschaft und die gesamte Linke müssen sich darüber klar sein, was das Großkapital sozial- und gesundheitspolitisch wirklich will. Letztendlich eben um die o.g. völlige Abschaffung der gemeinsam finanzierten Krankenversicherung der Arbeitnehmer!

Da die seit über 125 Jahren bestehende Struktur der Krankenversicherung nicht auf einen Schlag verändert werden kann, orientierte die BDA auf die systematische Aushöhlung des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung und deren schrittweise Privatisierung über den Hebel „mehr Wettbewerb“ und mehr privater Kostenbeteiligung. Im Memorandum des BDA von 2001 „Gesundheitswesen modernisieren und bezahlbar machen“ postulierte diese eine klare Kampfansage an die Lohnabhängigen, mit genau dieser Zielstellung.

So wird die neue „Jahrhundert - Gesundheitsreform“ der CDU/SPD-Regierung, egal in welcher letztendlich konkreten Gesetzesform, nur ein weiterer Meilenstein, auf dem Weg des radikalen Sozialabbaus in dieser Gesellschaft. Was allerdings bei dieser ganzen Strategie und den unsäglichen Diskussionen um Kosten vergessen wird, dass es auch und gerade in der Gesundheitspolitik letztendlich um den Menschen geht. Hier wird über das künftige Leben und die Gesundheit breiter Bevölkerungskreise politisiert und entschieden. Au-

Die Programmfrage niedriger hängen!

Anregungen zur Debatte der programmatischen „Eckpunkte“

von Reinhard Kluge, Rechenberg

Die Diskussion des Programms der neuen Linken schlägt hohe Wellen. Das Für und Wider zur Kritik des Kapitalismus und zur Bestimmung unserer gemeinsamen Ziele ist entsprechend den unterschiedlichen Erfahrungen der an einer Vereinigung der Linken in Deutschland beteiligten Kräfte breit gefächert. Verbesserungsvorschläge und Positionspapiere bis zum Gegenentwurf liegen überreichlich vor. Das kann niemanden überraschen, der sich den hohen Stellenwert verdeutlicht, den programmatischen Fragen seit der Kritik des Gothaer Programms durch Karl Marx im linken Denken traditionell einnehmen. Die Frage ist aber, ob wir gut daran tun, die Programmatik gegenwärtig so hoch zu werten.

Selbst ein kurzer Blick auf die Wirkungsgeschichte der Programme der deutschen Arbeiterbewegung zeigt, dass Programme einerseits und Resultate daraus folgenden politischen Handelns andererseits selten übereinstimmen: die Politik der alten Sozialdemokratie auf der Grundlage des mit Recht theoretisch gescholtenen Gothaer Programms von 1875 war recht erfolgreich: die Partei erreichte die Massen, wurde stärkste Fraktion im Reichstag und konnte das Sozialistengesetz Bismarcks unterlaufen. Das theoretisch gelungenere Erfurter Programm von 1891 dagegen vermochte weder das Emporkommen des Revisionismus noch die Zustimmung der Mehrheit der Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten im Ersten Weltkrieg zu verhindern. Fassen wir schließlich die Programmschriften der SED ins Auge, die wir wohl mehrheitlich für wissenschaftlich gehalten haben, so ist deren politische Bilanz aus der Sicht von 1990 überwiegend negativ: der Sozialismus-Versuch scheiterte, ob wegen des Programms oder seiner inkonsequenten Verwirklichung, das wäre einer gründlichen Untersuchung wert. Wie es auch immer sein mag, die Geschichte zeigt, dass sich praktische Politik nicht allzu viel um Programme kümmert. Die Haltung eines Teils der Fraktion unserer Partei im Dresdner Stadtrat in der Frage des Wohnungsverkaufs bietet dafür ein eindrucksvolles aktuelles Beispiel.

Worum es gegenwärtig geht, das ist ein programmatisches Dokument, mit dem sich möglichst viele Linke als Grundlage der Vereinigung von Linkspartei und WASG einverstanden erklären können. Was würde ein doktrinär einwandfreies Dokument für Nutzen bringen, das zwar die Meinungsführer verschiedener Gruppen befriedigt, aber als Vereinigungsgrundlage nicht taugt? Gewiß: die vorliegenden „Eckpunkte“ enthalten Lücken und Kompromissformulierungen, die unter theoretischem Gesichtspunkt genauso kritikwürdig erscheinen mögen, wie manche von Marx am Gothaer Programm aufgespießten Mängel. Aber solche Fehler und Schwächen sind für ein Papier ganz natürlich, das Menschen aus Ost und West zusammenführen soll, Menschen mit unterschiedlichen politischen Erfahrungen und abweichenden philosophisch-historischen Grundauffassungen, aber geeint in der gemeinsamen Überzeugung von der Notwendigkeit, den Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Gestalt zu überwinden. Die Autoren eines solchen Vereinigungsprogramms stehen heute vor ganz ähnlichen Fragen wie ihre Vorgänger 1875! Die Führer der Eisenacher wollten auch den vom Denken Lassalles geprägten Teil der Arbeiterbewegung mit im Boot haben. So kamen unstrittene programmatische Zugeständnisse zustande, die nicht nur Marx und Engels, sondern auch Bebel nicht für akzeptabel hielten. Aber es lohnt auch, sich daran zu erinnern, weshalb sich Marx und Engels trotz grundsätzlicher Kritik nicht öffentlich vom Gothaer Programm distanzieren, deshalb nämlich, weil, wie sie rasch erkannten, die Mitglieder der vereinten Partei genau das in das Programm hineinlasen, was den gesellschaftspolitischen Anforderungen der Zeit entsprach. Programme sind auch immer das Ergebnis eines Lernprozesses aus Erfolg und Mißerfolg praktischer Politik.

Die „Eckpunkte“ thematisieren die Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, in denen nach dem dabei zitierten Satz von Marx „der Mensch ein erniedrigtes < . > Wesen“ ist. Sie bezeichnen den demokratischen Sozialismus als emanzipatorischen und transformationellen Prozeß, also als Umwälzung, die über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweist. Das

MdL Elke Altmann trifft sich mit Kommunalabgeordneten der Linken.PDS

sind Aussagen, die einem Sozialisten inhaltlich vertraut sind, auch wenn diese Aussagen nicht immer so formuliert sind, wie wir es gewohnt waren. Aber unter den gegenwärtigen Bedingungen sollten selbst diejenigen von uns, die sich Denken und Sprache von Marx verpflichtet fühlen, nicht allzu beckmesserisch sein und nach vertrauten gesellschaftswissenschaftlichen Termini und Thesen suchen oder gar diese zum vorrangigen Kriterium ihrer Zustimmung machen, sondern wir sollten die Dialektik des realen gesellschaftlichen Prozesses freimütig in die Eckpunkte hineindenken. Bei einer sachlich geprägten Betrachtung, die Emotion und Leidenschaft hintanstellt, bietet der Text der „Eckpunkte“ dafür ausreichende Grundlagen. Dazu kommt, dass nach Aussagen der Autoren der „Eckpunkte“ dieses Dokument ja kein Schlusspunkt der Debatte sein wird. Denn die eigentliche Programmdiskussion soll in der neuen Partei ja nach der Vereinigung erst noch geführt werden.

Diese grundsätzlichen Bemerkungen sollen nicht so verstanden werden, dass der vorliegende Text tabu ist. Verbesserungen sind denkbar und nötig. Aber unsere Vorschläge sollten der gegenwärtigen Lage entsprechend so formuliert sein, dass sie möglichst für viele konsensfähig sind, und sie sollten, statt neue Gesamtentwürfe aufzuschreiben, sich grundsätzlich am Text orientieren und dazu konkrete Vorschläge unterbreiten.

Die Vorgeschichte ist schnell erzählt. In den neunziger Jahren war lange Zeit Eberhard Langer unser Freiberger Landtagsabgeordneter. Fast schon legendär waren seine regelmäßigen Beratungen mit den kommunalen Abgeordneten der PDS aus dem Landkreis Freiberg. In einem festen Rhythmus kam man zusammen, bekam unverfälscht und aus erster Hand die aktuellsten Informationen aus dem Sächsischen Landtag und fand den Erfahrungsaustausch mit dem Kollegen aus dem Kreistag, den Stadt- oder Gemeindevertretungen. Das alles geduldig und inhaltlich überzeugend moderiert von Genossen Eberhard Langer. Der ist übrigens auch heute noch sehr aktiv in Chemnitz, als Abgeordneter und im Fußball. Den tiefen Sturz des Chemnitzer Fußballs hat allerdings auch er nicht verhindern können.

Schon lange reifte im Kreisvorstand und auch bei Elke Altmann die Erkenntnis, dass von dieser guten Tradition leider etwas verloren gegangen ist, warum auch immer. Neben den regelmäßigen Beratungen sollen auch die gezielten kommunalpolitischen Weiterbildungen wieder mehr in den Blickpunkt der Arbeit im Kreisverband rücken. Das war dem Kreisvorstand im Oktober und November jeweils Anlass zu einer umfassenden Verständigung, was und worüber im Jahre 2007 auf kommunalpolitischem Gebiet gesprochen werden soll.

Doch nun zur Beratung am 28. November im „Brennpunkt“. Sie hatte eine positive

und eine negative Seite. Beginnen wir als Anhänger des „halb vollen Glases“ mit der positiven. Elke war sehr gut vorbereitet zur Beratung gekommen und hatte sich



Abgeordnete Rita Hillmann, Oederan

extra nochmals mit Fachleuten der Fraktion verständigt, um auch auf dem Gebiet der Kommunal Finanzen, nicht ihrem ureigenen Metier, aussagefähig zu sein. Die Fraktion der Linken.PDS ist im Übrigen die einzige, die im Landtag mit einer solide durchgerechneten alternativen Haushaltplanung aufwarten kann, bereits dem vierten. Über eine Milliarde Euro soll künftig jährlich zugunsten von Bildung, Beschäftigung und Sozialem umgeschichtet werden. Was die Gemeindefinanzen betrifft, deutet sich für das folgende Jahr eine Entspannung ab. Die „Bugwelle“ der Schulden der Kommunen beim Freistaat wird kleiner. Zu verdanken ist das den in der Tendenz höheren Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Die Linksfraktion tritt dafür ein, den Kreisen und Kommunen ab 2007 einen wesentlich größeren Spielraum beim Einsatz der nicht zweckgebundenen Finanzmittel einzuräumen und den Fördertopfdschungel auszulichten (Sachsen hat zu Zeit 460 verschiedene Förderrichtlinien! Die Fraktion hat deren Zahl in ihrem alternativen Entwurf auf etwa 50 reduziert). Die Linksfraktion will z.B. alle Förderprogramme zur Stadtentwicklung und zur Entwicklung im ländlichen Raum zusammenfassen und damit unter dem einheitlichen Motto „umweltgerechtes Wohnen in Stadt und Land“ die bisherige künstliche Trennung aufheben. Die Investitionspauschale soll nach Auffassung der Linken gegenüber dem Entwurf des Budgets fast verdoppelt werden, womit dennoch erst wieder der Stand Anfang der 90er Jahre erreicht wird, keine utopische Forderung also.



Beratung von MdL Elke Altmann (im Hintergrund) mit Kommunalabgeordneten

Wie der Abgeordnete Achim Grunke informierte, klemmt im Kreishaushalt Freiberg die Säge besonders durch die erheblichen Mehraufwendungen für Hartz IV. Das führt auch dazu, dass erstmals seit Jahren die Bestätigung des Kreishaushalts ins Folgejahr verschoben werden muss. An Stelle der Kreisumlage steht in den Entwürfen gegenwärtig noch ein weißer Fleck, diese prozentuale Umlage ist für die Städte und Gemeinden aber eine der entscheidenden Planungsgrundlagen.

Weiter beschäftigte sich die Runde mit den beiden gegenwärtig laufenden Volksanträgen zur Erhaltung von Schulen „Kurze Wege für kurze Beine“ und „Courage zeigen“ zur Aufnahme eines weiteren Staatsziels in die sächsische Verfassung, mit welchem antisemitische und rassistische Aktivitäten abgelehnt werden. Beim Schulantrag liegen nunmehr 27.500 von den benötigten 40.000 Unterschriften vor.

Abschließend stand der demografische Wandel in der Gesellschaft aus der Sicht der seniorenpolitischen Arbeit auf der Tagesordnung. Tenor: wir vergreisen zunehmend, die „Greise“ sind aber immer aktiver und fähig, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Was bedeutet das für die Linke.PDS. Ruth Fritzsche gab aus der Sicht der seniorenpolitischen Leitlinien interessante Einblicke und schlug erste Konsequenzen für unseren Landkreis vor. Soweit die erste Seite. Informativ und faktenreich, eigentlich ein Muss für einen linken Abgeordnete.

Nun zur anderen Seite, dem „halbleeren Glas“ sozusagen. Satirisch überhöht ist man geneigt zu sagen, das Spiel fand fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das neue, alte Problem, siehe die Gemeindetour Elke Altmanns mit ihrem Schwachpunkt, den abendlichen Bürgerforen. Woran lag es, dass sich nur fünf Abgeordnete von etwa 50 eingeladenen um den kleinen Tisch im „Brennpunkt“ versammelten? Bestimmt nicht am Desinteresse, sicherlich aber an der Terminflut, die jährlich Ende November auf die Abgeordneten einströmt. So hatte sich die gesamte Flöhaer Fraktion wegen einer am gleichen Abend stattfindenden wichtigen Beratung entschuldigt.

Alles in allem also ein durchwachsender Neuanfang. Im Jahr 2007 geht es in regelmäßigen Abständen weiter. Hoffentlich mit gleich interessantem Inhalt und wesentlich besserer Resonanz seitens der Abgeordneten der Linken.PDS. (hw)

Heißer Wahlkampf in Brand-Erbisdorf-Kandidatur von Mathias Schreiter für Links-Gemeindetour mit Elke Altmann

Für die im Februar anstehende Oberbürgermeisterwahl in Brand-Erbisdorf ist es für die LINKE.PDS eine Selbstverständlichkeit, als mitgliederstärkste Partei vor Ort mit einem eigenen Kandidaten anzutreten.

Am 11.11. trat die Mitgliederversammlung der Linkspartei.PDS Brand-Erbisdorf zusammen, um neben einem neuen Stadtvorstand auch den Kandidaten für diese Wahl zu bestimmen. Das Votum war einstimmig. Der 43-jährige Handwerksmeister Mathias Schreiter erhielt die Stimmen aller Anwesenden. Darüber hinaus übernimmt Schreiter nun auch den Vorsitz des neu gewählten Stadtvorstandes. Weitere Mitglieder sind die Landtagsabgeordnete Elke Altmann und der Kreisrat Gunther Bertram.

Schreiter ist verheiratet und hat zwei Kinder, er studiert zurzeit (berufsbegleitend) im 6. Semester mit dem Ziel Diplom-So-



zialpädagoge an der FH Mittweida, Fachbereich Soziale Arbeit in Rosswein. Sein ehrenamtliches und politisches Engagement zeigt er im Brennpunkt e.V. und am Freiburger Runden Tisch für soziale Gerechtigkeit. Darüber hinaus ist er Mitglied der WASG und eines der assoziierten Mitglieder im Kreisvorstand der Linkspartei.PDS Freiberg - wieder ein Beispiel, welches zeigt, dass Freiberg zu den Vorreitern einer Neuen Linken gehört.

Zu seinen ehrenamtlichen Tätigkeiten äußert sich Schreiter selbst mit den Worten: „Die mehrjährige Tätigkeit als Lehrausbilder, Stützlehrer und Sozialpädagoge sowie mein berufsbegleitendes Studium an der Fachhochschule „University of Applied Science“ Mittweida in der Fachrichtung Soziale Arbeit Roßwein, bei dem ich mich vorrangig auf die Fachgebiete Sozialrecht, Jugendsozialarbeit, Gemeinwesenarbeit und Gedenkstättenarbeit konzentriere, ha-

ben mich zu der Überzeugung gebracht, dass ehrenamtliches Engagement in unserer Gesellschaft von großer Bedeutung ist. Aus diesem Grund bemühe ich mich seit langer Zeit als Mitglied des „Runden Tisches gegen Sozialabbau – für soziale Gerechtigkeit“ und des Brennpunkt e.V. um sozial Schwache. Beratung, Hilfeleistungen in Notlagen, Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und neofaschistische Umtriebe gehören eben so zu meinen jetzigen Tätigkeitsfeldern wie der Wunsch, Kultur, Bildung, Toleranz und Solidarität wieder zu festen Bestandteilen im Leben der Menschen unserer Region werden zu lassen.“

Das Wahlprogramm soll getreu seinem Motto „Gemeinsam für und mit Brand-Erbisdorf“ lauten. Das bedeutet für Schreiter: „Mit Ihnen gemeinsam werden wir Brand-Erbisdorf lebenswerter gestalten, soziale und weitere Ungerechtigkeiten abbauen und unsere Stadt als eigenständige Kommune erhalten. Ich bin überzeugt davon, dass Kommunalpolitik auch unter den heutigen Umständen einigens erreichen kann.“

In den nächsten Wochen wird das Programm mit der Parteibasis und weiteren Bürgern diskutiert, ehe es danach der breiten Öffentlichkeit vorgestellt wird.

Bleibt jetzt nur noch an alle Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN in Brand-Erbisdorf und seinen Stadtteilen zu appellieren, am 4. Februar tatsächlich zur Wahlurne zu gehen und dem Kandidaten Mathias Schreiter die Stimme zu geben.

Weitere Informationen zu dieser Wahl und dem Kandidaten der LINKEN gibt es auf der eigens dafür eingerichteten Homepage unter: www.obm-bed.links-partei-freiberg.de.

Unser treuer Leser Karl-Fritz Zillmann hat sich mit einem Brief an Elke Altmann gewandt

Er bedauert, dass Elke nicht zum traditionellen Mittwochskaffee kommen konnte und freut sich andererseits, dass sie mit der Gemeindetour den Kontakt zu den einfachen Menschen sucht und findet. Er versichert, dass er sich im Rahmen seiner Möglichkeiten weiter aktiv im Interesse unserer Sache engagieren wird.

Gemeindetour-Zug machte in Brand-Erbisdorf Station

Die nun schon fünfte Station der neu konzipierten Gemeindetour von MdL Elke Altmann und dem Kreisvorstand der Linkspartei.PDS Freiberg war Brand-Erbisdorf. Diesmal wurde die Landtagsabgeordnete von Mathias Schreiter (WASG), den Kreisräten Gunter Bertram (Langenau), Gottfried Jubelt (Augustusburg) sowie dem Brand-Erbisdorfer Stadtrat Bernd Spollwig (Linkspartei.PDS) begleitet. Begonnen wurde die Tour durch die Gemeinde wie immer im Rathaus mit einem Gespräch bei



Oberbürgermeister Volker Zweig. Dort standen drei Themen im Vordergrund. An erster Stelle ging es darum, wie es die Stadt schaffen kann, weitere **produzierende Unternehmen und Händler** dafür zu gewinnen sich in der Bergstadt niederzulassen. Der Oberbürgermeister machte deutlich, dass die Stadt mit erschlossenen Gewerbestücken dafür günstige Bedingungen schaffen kann, dieses aber nichts nützt, wenn Interessenten keine Bank finden, die sie bei der Finanzierung unterstützt.

Einig waren sich Volker Zweig und die Vertreter von Linkspartei und WASG, dass die **Wohnungsgesellschaft, der Abwassereigenbetrieb und der Energieversorgungsbetrieb** in kommunaler Trägerschaft bleiben müssen, damit die finanziellen Belastungen für die hier lebenden Menschen nicht aus dem Ruder laufen.

Ein heißes Thema waren **Jugendclubs** der Stadt. Elke Altmann und Mathias Schreiter machten deutlich, dass für die Jugendlichen in Langenau unbedingt eine Lösung für einen eigenen Club gefunden werden muss und dass es für Jugendclubs nahezu unmöglich ist, Betriebskosteneigenanteile zu erwirtschaften. Das sieht Oberbürgermeister Zweig durchaus anders.

Die nächste Station war das „Bernhard-von-Cotta“ Gymnasium. Dort ging es um die Notwendigkeit von Schulsozialarbeit, die anstehende Reform der gymnasialen Oberstufe und ausreichendes Fachpersonal für die moderne, gut ausgestattete Schulbibliothek.

Das Gespräch bei der Brand-Erbisdorfer Geschäftsstelle der ARGE machte einmal mehr deutlich, dass die Hartz IV-Gesetze nichts von dem gehalten haben, was versprochen wurde, sondern im Gegenteil, immer

unsere jubilarer

Unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir ganz herzlich!

Im Dezember 2006 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

Ruth Fritzsche	01.12.1926	Freiberg
Ruth Birndt	02.12.1931	Freiberg
Herbert Hänel	03.12.1931	Freiberg
Gunter Bertram	06.12.1941	Langenau
Luise Matthes	13.12.1920	St. Michaelis
Anni Drechsel	16.12.1929	Flöha
Elsbeth Uhlig	16.12.1925	Flöha
Ilse Fehlich	17.12.1919	Freiberg
Elsa Fischer	17.12.1909	Freiberg

mehr Menschen immer weiter aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden.

Am frühen Nachmittag in der Schweinezucht GmbH St. Michaelis hatte Elke Altmann, die Agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion. PDS im Sächsischen Landtag, so zu sagen ein Heimspiel. Dort drehten sich die Gespräche nicht nur um die neue EU-Förderperiode im Agrarbereich und die damit verbundenen Chancen für Umwelt und ländliche Entwicklung. Die Landwirte interessierten sich auch dafür wie es mit der neuen Linken in Deutschland weiter geht und wie sie künftig dazu beitragen will, die Gesellschaft im Interesse aller



In der Schweinezucht GmbH in St. Michaelis

Menschen und nicht nur der Ackermanns & Co. entwickeln will.

Beim anschließenden Besuch der Jugendclubs an der Zugspitze, zu dem auch der Stellvertretende Bürgermeister Herr Kechtel gekommen war, schloss sich dann der Kreis zum morgendlichen Gespräch bei Oberbürgermeister Volker Zweig. Es wurde vereinbart, dass versucht werden soll, Jugendliche, Vertreter der Stadtverwaltung, interessierte Stadträte und Bürger an einen Tisch zu bringen, um eine Lösung sowohl für die Langenauer Jugendlichen, als auch für die Betriebskostenselbstbeteiligung zu finden.

Wo waren am Volkstrauertag die wahren Antifaschisten zur Ehrung der gefallenen Antifaschisten und Sowjetsoldaten?

Das fragt Ruth Fritzsche

Nachdem die Neonazis am 07.10.2006 unbehelligt aus Anlass des 62. Jahrestages der Bombardierung von Freiberg, - dank der Verschwiegenheit im Landratsamt - durch Freiberg marschieren konnten, waren sie am Volkstrauertag mit Plakaten, wie „Mörder“ u.a. wieder zur Stelle.

Laut „Freie Presse“ sollte die Ehrung der Antifaschisten und gefallenen Sowjetsoldaten am Ehrenmal auf der Himmelfahrtsgasse 11.15 Uhr stattfinden. Wie immer legte die Linkspartei.PDS und der Bund der Antifaschisten/VVN mit je zwei VertreterInnen die Blumengebinde an der Stele der Antifaschisten und am sowjetischen Ehrenmal nieder. Nur ganz wenige erwiesen diesen teuren Toten ihre Ehre. Aber wenigstens 12 Neonazis hatten sich vor der Gedenkstätte mit entsprechenden Plakaten postiert.

Es war für uns wenigen Teilnehmern dieser Ehrung eine große Blamage, die sich auf keinen Fall wiederholen darf.

Die Möglichkeit bietet dazu der **kommende 27. Januar 2007**, den vom ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog initiierten Ehrentag für die Opfer des Nationalsozialismus. Es handelt sich dabei um einen Sonnabend, also einen arbeitsfreien Tag, der auch vielen berufstätigen Antifaschisten in Freiberg die Möglichkeit gibt, an der Ehrung teilzunehmen.

Wir trauern um unseren Genossen

Hans Frische Freiberg

Ihm gilt unser ehrendes Andenken!

termine

dezember 2006

- 04.12. 18:00 Uhr **Kreisvorstandssitzung**
06.12. 15:00 Uhr Sprechtag von MdL Elke Altmann in Brand-Erbisdorf, Dr. W.-Külz-Strasse 10
07.12. 17:00 Uhr Beratung mit den Vorsitzenden der BO in Brand-Erbisdorf, Dr.-W.-Külz-Strasse 10
08.12. Gemeindetour unter Teilnahme von MdB Dr. Axel Troost in Zöblitz (Mittlerer Erzgebirgskreis)
12.12. 18:00 Uhr Beratung mit den Vorsitzenden der BO in Flöha, Augustusburger Strasse 73
13.12. 14:00 Uhr Mittwochs-Cafe in der Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3
Jahresabschluss
13.12. 15:00 Uhr Sprechtag von MdL Elke Altmann in Freiberg, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3
19.12. 15:00 Uhr Beratung der Senioren-AG in Freiberg, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3
19.12. 16:30 Uhr Beratung mit den Vorsitzenden der BO in Freiberg, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3
20.12. 15:00 Uhr Sprechtag von MdL Elke Altmann in Flöha, Augustusburger Strasse 73

januar 2007

- 03.01. 14:00 Uhr Mittwochs-Cafe - Abstimmung des Themenplans für das 1. Halbjahr 2007
03.01. 15:00 Uhr Sprechtag von MdL Elke Altmann in Brand-Erbisdorf, Dr.-W.-Külz-Strasse 10
08.01. 18:00 Uhr **Kreisvorstandssitzung**
14.01. 09:00 Uhr Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde

Veranstaltungen im „Brennpunkt e.V.“ Brand-Erbisdorf

Dienstag, 5. Dezember 2006

16:30 Uhr, Vereinsräume
Vortrag zu den Todesmärchen durch die Region Freiberg/Brand-Erbisdorf von Dr. Brenner.

Mittwoch, 6. Dezember

19:00 Uhr im Ratssaal des Stadthauses Brand-Erbisdorf am Albertplatz
Sabine Ebert liest aus ihrem kürzlich neu erschienenen Roman „Das Geheimnis der Hebamme“.

Mittwoch, 13. Dezember

19 Uhr, Vereinsräume
Vereinsplenum – Der Veranstaltungsplan für Monat Januar wird gestaltet

Donnerstag, 14. Dezember

19 Uhr, Vereinsräume
Fahrt für den Frieden durch Europa - Mit dem Fahrrad von Paris nach Moskau - Bild- und Filmvortrag von Andreas Naumann, Stadtrat

Dresden

Freitag, 15. Dezember

16 Uhr, Vereinsräume
Weihnachtsfeier

Dienstag, 19. Dezember

19 Uhr
Bertolt Brecht gelesen von Jens-Eberhard Jahn

Regelmäßige Veranstaltungen in den Vereinsräumen:

Dienstags ab 9 Uhr – gemeinsames Frühstück
Mittwochs ab 14 Uhr – Sozialberatung
Donnerstags ab 19 Uhr – VolksKüche (VoKü)

Darüber hinaus bieten wir innerhalb unserer Öffnungszeiten die Möglichkeit ein PC-Kabinett mit Internetzugang zu nutzen. Ein umfangreiches Angebot an Zeitungen und Büchern kann ebenfalls genutzt werden.

Der Brennpunkt bleibt im Zeitraum vom 25.12.2006 bis zum 1.1.2007 geschlossen!

Von unserem Leser Joachim Link

Redlichkeit

(Freiberg, Februar 2006)

Heutzutage ist redlich,
das heißt
ehrlich, verlässlich, korrekt,
prinzipiell eher schädlich -
bemerkt man häufig erschreckt.

Denn auf dem Boden der Legalität
kommt in der Raubtier-Realität
der Redliche in der Regel zu spät.

Der Mensch

(Freiberg, April 2005)

Der Mensch ist
zu fast allem fähig,
zu dem meisten in der Lage
und seiner Verantwortung
sich dabei kaum bewußt.

Meine kleine Welt

(Freiberg, Oktober 2004)

Die kleine Welt um mich,
wie ich sie seh',
vergrößert sich,
wenn and're kleine Welten
ich kennenlerne und versteh'.

Achtung, Reise- und Bayernfans ! Vorschlag von Renate Braun für die seit 1990 bestehende Reisegruppe der Linkspartei.PDS aus dem Kreis Frei- berg

Diesmal ergibt sich für uns die Möglichkeit,
dass wir **in der Zeit vom 25. Mai – 29. Mai 2007** in das Altmühltal – dem geographischen Mittelpunkt Bayerns fahren.

In 5 Tagen lernen wir dabei folgende Städte und Gebiete kennen:Nürnberg (auf der Hinreise) – Beilngries (dort würden wir wohnen) – Weißenburg – Fränkische Seenplatte – Riedenburg – Kelheim – Weltenburg und auf der Heimreise Bayreuth. Diese Reise kostet im Doppelzimmer 432 € pro Person und 40 € Einzelzimmerzuschlag. Im Katalog von Voit ist diese Reise auf Seite 133 ausgeschrieben. Wir waren noch niemals in Bayern – bestimmt ist es dort auch sehr schön. Also wagen wir es und melden uns bei der Renate in Brand-Erbisdorf bei der altbekannten Adresse. Ruth Fritzsche